

Wieder einmal am Scheideweg: Durch die Krise werden Grundfragen der Ökonomie virulenter

Rainer Bartel

Dr. Rainer Bartel ist Außerordentlicher Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz.

Obwohl die jüngste Krise die meisten überrascht und viele wegen ihrer Schärfe geängstigt hat, wird weder die wichtige Auseinandersetzung über alte Grundfragen der Ökonomie gebührend geführt, noch werden Politikänderungen nachhaltig verankert. Der Mainstream bleibt vermutlich im Wesentlichen unberührt, muss sich aber sein Versagen bei der Einschätzung der Instabilität eines komplexen, liberalisierten Finanz- und globalisierten Wirtschaftssystems vorhalten lassen. Folgende Kontroversen werden provokant wiederaufgeworfen: relative Nützlichkeit analytischer Ansätze, Gefahr einseitiger Ausrichtung auf bestimmte Fristen und Sichten, Lösung von Gemeinschaftsanliegen durch private Koordination, Staats- und Marktversagen, Finanzmarkteinfluss auf die Realwirtschaft, Verteilung und Umverteilung, Beschäftigung und Soziales, Konsumentensouveränität oder Marktmacht, Globalisierung oder Regionalisierung oder beides, private versus öffentliche Finanzen. Schließlich wird für gelebte Vielfalt ökonomischer Ausrichtungen plädiert.

JEL: A10, B00, E00, H00, O10

1. Eine historische Gelegenheit

„We are writing both in response to the question you posed at the London School of Economics last November – concerning why few economists had foreseen the credit crunch – and the answer to you from Professors Tim Besley and Peter Hennessy dated 22 July. We agree with many of the points made by Professors Besley and Hennessy (...), but we regard their overall analysis as inadequate because it fails to acknowledge any deficiency in the training or culture of economists themselves“ (Hodgson et al. 2009, 1). Das ist ein Ausschnitt aus einem Brief von zehn Ökonominnen und Ökonomen an Königin Elisabeth II. Er weist auf eine Wiederbelebung der positiv zu wertenden Auseinandersetzung zwischen grundlegenden Denkausrichtungen der ökonomischen Wissenschaft hin.

Das wiederholte Bashing der Mainstream-Ökonomie beispielsweise im Handelsblatt (<<http://www.handelsblatt.com>>) der vergangenen Monate zeigt die Situation besonders gut auf. Trotz der jüngsten Krise – sagen wir, der zweiten Weltwirtschaftskrise seit der Großen Depression ab 1929 – ist der Keynesianismus nach einer Phase des völligen Ausgestoßenseins, zirka in den 1980ern, noch immer nicht rehabilitiert, und zwar gegenüber der Neoklassik, insbesondere der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts à la Say und Walras, dem Monetarismus Friedmanschen Typs und der Neuen Klassischen Makroökonomie mit der Galionsfigur Robert Lucas (The New School, 2010). Diese Ungnade gilt selbst für jenen Lehrbuch-Keynesianismus, der unter Neoklassischer Synthese oder

Neoklassischem Keynesianismus firmieren kann und von Joan Robinson (z. B. 1977, 6) zusammen mit Frank Wilkinson abschätzig als „Bastard Keynesianism“ bezeichnet wurde. Dass keynesianische Phänomene als eher seltene und längerfristig unbedeutende Spezialfälle der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie angesehen wurden (und werden), darauf weist auch Milton Friedmans Stellungnahme im Time Magazine hin: „Sir: You quote me [Dec. 31] as saying: ‘We are all Keynesians now.’ The quotation is correct, but taken out of context. As best I can recall it, the context was: ‘In one sense, we are all Keynesians now; in another, nobody is any longer a Keynesian.’ The second half is at least as important as the first. Milton Friedman, The University of Chicago” (Friedman, 1966). Man konnte und kann deutliche keynesianische Phänomene nicht übersehen, räumt ihnen aber die Bedeutung kurzfristiger Störungen auf Grund leider unvollkommen flexibler Löhne und Preise zu.

Obwohl Gregory Mankiw (1992) – im Nachhinein betrachtet wohl zu Unrecht – Zeichen für die akademische Rehabilitierung des Neokeynsianismus, des New Keynesianism als Fortführung der Neoklassischen Synthese, zu erkennen glaubte, werden immerhin die aktuellen Konjunkturprogramme in diesem Licht gesehen: als ein sehr kurzfristiges, notwendiges Übel, das eben auf einem der wenigen, sehr kurzlebigen Spezialfälle ernstzunehmender Nichtmarktträumung gründet. Das gibt etwa Kenneth Rogoff (2009, 1) zu erkennen: „(...) aber die Unsicherheit ist so groß, dass ich diese Programme trotzdem unterstütze. Es ist der falsche Zeitpunkt, sich zur Wehr zu setzen.“

Angesichts des trotz aller Vorbehalte eingesetzten keynesianischen Rettungsankers zum ersten, des allgemein dennoch wenig erschütterten Zutrauens in tendenzielles Vollauslastungsgleichgewicht zum zweiten und der doch scharfen Rezession zum dritten soll die Gelegenheit der Krise nicht wirkungslos vorbeigehen (Bartel, 2009). Die ökonomischen Debatten sollten ernsthafter geführt und nicht eingebunkert im elfenbeinernen Turm der Akademien und als Teegespräch im Buckingham Palace belassen, sondern in eine größere, möglichst aufgeklärte Öffentlichkeit getragen werden. Als Standortbestimmung der Ökonomie und Anstachelung konstruktiver Debatten versteht sich diese „tour d’horizon“. Die Zeit drängt, damit Paul Samuelson (1985, 4) nicht länger Recht behalten mag: „In the Chicago economics classrooms of the 1930s, markets always cleared. Yet some students and teachers knew they had to reconcile theoretical dogma with the depression misery around them.“

Die Zeit drängt auch deshalb, weil die (bislang) unerwartet rasche Erholung des realen Wachstums, das weitgehende Ausblenden bis Schönreden der Problematik Arbeitslosigkeit und der Unwille zu Kursänderungen in der Politik dazu beitragen können, dass der Mainstream in Theorie und Praxis unverändert bleibt und den nächsten „Betriebsunfall“ gedanklich weit von sich in die Zukunft schiebt – vielleicht zu Recht, vielleicht nicht. Niemand kann es mit Gewissheit wissen. Die Frage ist aber, wie man mit der Ungewissheit umgeht. Dabei dürften die Ängste vor Fehlern des Begehens zusammen mit den Kosten der Überwindung lobbyistischen Widerstands größer sein als die vor Unterlassungsfehlern gepaart mit allzu leichtfertiger Politik. Wäre das zu rechtfertigen?

2. Für und Wider

2.1. Analytiken und relative Nützlichkeiten

Ein großer Vorzug für die Ökonomie als empirische Wissenschaft sei der Umstand, dass sich fast alle Märkte im Gleichgewicht oder nahe am Gleichgewicht befinden

und die aufgestellten Gleichgewichtstheorien relativ gut an der Realität überprüfbar wären. Totale wie partielle Gleichgewichtsanalyse prägen die theoretische und empirische Ökonomik maßgeblich (Eichner, 1979, Marterbauer, 2010). Die Einwendungen der Ungleichgewichtstheorie der 1960er Jahre oder so (Rothschild, 1981) – eine Schnittstelle zwischen mikroökonomischer Effizienz und makroökonomischen Problemen – werden meist als längerfristig irrelevant abgetan. Denn mittelfristig kehre jeder Markt zum Gleichgewicht zurück, wenn alle In- und Outputpreise vollkommen flexibel werden. Die allokativen Effizienz wettbewerbsbestimmter Märkte umfasse auch die intertemporale Allokation, gleiche also heutige Ersparnis und Investition im Hinblick auf künftige Nachfrage und künftiges Angebot einander an (Landmann, 1975).

Einerseits ist stete, unverzügliche Flexibilität der Preisverhältnisse und Produktionsfaktoren eine der zentralen Voraussetzungen für volkswirtschaftlich effiziente Lösungen in den Augen des Mainstream. Andererseits ist Stabilität der Preisverhältnisse und des Ressourceneinsatzes in verschiedenerlei Hinsicht zumindest auf kurze Frist ein einzelwirtschaftlicher Vorteil, der ökonomische Effizienz fördern kann und von vielen Unternehmen angestrebt und (zuweilen implizit) vertraglich realisiert wird: ein Mikro-Makro-Paradoxon, ein Problem für die Selbststabilisierung im Sinn der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie (Gordon, 1990).

Der Abstraktionsgrad der Modelle bleibt, trotz immer verfeinerter und aufwändigerer Analyseverfahren, im Vergleich zur Realität grundsätzlich hoch. Denn die Wirklichkeit wird rasch komplexer und erschwert allgemeine, realitätsnahe Erklärungsansätze, bereitet gleichsam eine Tantalusqual. Dabei ist das Streben nach einer möglichst allgemeinen und daher einfachen Theorie durch eine breite Anwendbarkeit der Modelle motiviert. So dienen formale Komplizierungen („sophistication“) eher als Verteidigungsstrategie generalisierten, deduktiven Herangehens an die Analyse denn als grundlegende Infragestellung des Grundmodells vor dem Hintergrund von empirisch bedingten Zweifeln und unorthodoxen, induktiv erzielten Analyseergebnissen (Rothschild, 1999).

Es kommt eben auf die Metaebene an, nämlich zu entscheiden, wo welche Vereinfachung zu rechtfertigen ist und wo historisch-institutionelle, strukturelle, kulturelle und geografische Details den Ausschlag geben. Dies erfordert aber eine offene und redliche, pragmatische und empirische Debatte von und zwischen tatsächlich ernst genommenen Alternativen und Schulen. Nur so bleiben typisch makroökonomische Probleme oder mikroökonomische Effizienzfragen nicht systematisch ausgeklammert. Die nötige Konstruktivität verlangt jeweils das Setzen situativer Analyseschwerpunkte, ohne dass ein Mainstream hegemonial bleibt. Doch sowohl Erklärungsbreite als Entdeckung einer Generalität von der Art eines Naturgesetzes als auch Formalisierbreite werden (trotz des Tantalusproblems) zuweilen mit Wissenschaftlichkeit an sich gleichgesetzt, und sie verheißen Prestige (Earl, 1983, Holub, 1993). Der Eroberungszug der Hilfsdisziplinen hält jedoch mit der Realität leider kaum Schritt. Ist da ein scharfer Blick für das schlecht Quantifizierbare nicht vielleicht effektiver (Marterbauer, 2010)? Pragmatismus sollte wahrscheinlich stärker gefragt sein als Perseveranz (versinnbildlicht im Märchen Der Hase und der Igel). Längst, aber ziemlich wirkungslos, wird kritisiert, dass die Deduktion aus idealtypischen Vorstellungen die Induktion aus realtypischen Fallstudien weitgehend verdrängt. Neugier sollte gegenüber Methodentreue wieder mehr Boden gewinnen.

2.2. Fristen, Sichten und Gefahren

John M. Keynes's geflügelte Worte über die Bedeutung der kurzen Frist, „in the long run we are all dead“ (Keynes, 1923, 65), und über die Problematik langfristiger Analyse, „we simply do not know“¹ (Keynes, 1937, 114), sind allseits bekannt. Sie wurden von situativen Vorrangtafeln für kurzfristige Analysen der Unterauslastung von Ressourcen schließlich zu Spottzitate aus dem Mund der langfristigen Wachstumsforschung, wo das Kernproblem die Überwindung von Ressourcenknappheit darstellt. Ein beidhändiger Ansatz liegt nahe, ein beide verbindender wäre mehr als erwünscht. Oder können wir überwiegend dabei bleiben zu meinen: Was interessieren uns Konjunkturschwankungen, wenn sie ohnedies immer wieder vorbeigehen? Selbststabilisierung der Wirtschaft erfolgt ohnedies in annehmbar kurzer Zeit. Wichtig für unsere Wohlstandsentwicklung ist vielmehr die lange Frist. Oder leben wir nicht stets in der kurzen und der langen Frist zugleich, wo kurzfristige Probleme uns hauptsächlich beschäftigen und wo deren Lösungen auch Beiträge zu langfristigen Optimierungen leisten? Steht also nicht folgende alte Aussage immer noch zur Diskussion? „Economists set themselves too easy, too useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is long past the ocean is flat again“ (Keynes, 1923, 65).

Oder sind Konjunkturkrisen sogar insofern erwünscht, als sie eine nützliche Selektionsfunktion erfüllen, indem unter Problemdruck die schlechtesten Unternehmen aus dem Markt fallen – und es auch sollen? Eine von Keynes angestrebte „konjunkturlose Wirtschaft“ wäre ein „entgöttertes Paradies“ (Baade, 1956, 518).

Immerhin sind die Konjunkturschwankungen seit den 1980ern immer kleiner und kürzer („great moderation“) und schwerere Rezessionen eine Seltenheit geworden (Summers, 2005). Wieso? Kurz- bis mittelfristige Schwankungen wären von vielen angebotsseitigen, teils gegenläufigen, wachstumsrelevanten Faktoren bestimmt, selten bis gar nicht von nachfrageseitigen. Die als nachfrageseitig verursachte Konjunktur erscheinenden Schwankungen seien nämlich in Wahrheit keine konjunkturellen Störungen, sondern Zeichen einer effizienten Anpassung der Wirtschaft an Angebotsschocks. Das vertreten im Wesentlichen die New Classical Macroeconomics mit ihren Real Business Cycle Models (Gordon, 1990). Hier verschmelzen kurze und längere Frist analytisch, doch werden Nachfrageprobleme ausgeklammert.

Trotz alldem sind die Gesamtunsicherheit und das Systemrisiko offenbar nicht kleiner und nicht gefahrlos geworden, insbesondere unter dem Einfluss eines komplexen, natürlich hoch spekulativen Finanzmarkts. „The great moderation lulled macroeconomists and policymakers alike in the belief that we knew how to conduct macroeconomic policy. The crisis clearly forces us to question that assessment“ (Blanchard et al., 2010, 1). Im Gegenteil: Der Begriffsinhalt von Systemrisiko wird wieder bemüht, die Bedeutung der Struktur für das Aggregatverhalten und -ergebnis eingeräumt. „(...) over a protracted period of good times, capitalist economies tend to move from a financial structure dominated by hedge finance units to a structure in which there is large weight to units engaged in speculative and Ponzi finance. Furthermore, if an economy with a sizeable body of speculative financial units is in an inflationary state, and the authorities attempt to exorcise inflation by monetary constraint, then speculative units will become Ponzi units and the net worth of previously Ponzi units will quickly evaporate. Consequently, units with cash flow

¹ „About these (long-term; Anm.) matters there is no scientific basis to form any calculable probability whatever“ (Keynes, 1937, 114).

shortfalls will be forced to try to make position by selling out position. This is likely to lead to a collapse of asset values" (Minsky, 1992, 9). Aber wird dem auch tatsächlich angemessen Rechnung getragen? Wird die Krisenursache primär am kriminellen Verhalten einiger festgemacht oder in der Dynamik der Aggregate infolge der Marktinstitutionen, -strukturen und -anreize gesucht?

Eine weitreichende Entscheidung, die in diesem Licht zu fällen sein wird, betrifft die Art der Vermeidung von Blasen. Werden vorwiegend politische Regulierung und Regionalisierung des Finanzmarkts oder wird Restriktivität der Geldpolitik zur Asset Price Deflation eingesetzt werden? Zusätzlich wird es auch als Anreiz für moralisches Wagnis eine Rolle spielen, ob Finanzunternehmen staatlich gerettet werden oder ihr Konkurs ruhig und regelrecht abgewickelt wird, wie bei jedem anderen interindustriell verflochtenen Unternehmen.

Wird im Allgemeinen ökonomische Effizienz oder effektive Krisenvermeidung im Vordergrund künftiger wirtschaftspolitischer Konzeptionen stehen? Ackerman (2008, 287) bringt es auf den Punkt: "In a situation with unlimited worst-case risks but limited information about their likelihood, Weitzman proves that the expected value of reducing the worst-case risks is, technically speaking, infinite. In other words, nothing else matters except risk reduction, focused on the credible worst case." Der Post-Keynesianismus, der die essenzielle, unkalkulierbare Unsicherheit der Zukunft, den Krisen- und den Konfliktcharakter von Wirtschaft und Gesellschaft radikal in den Denkmittelpunkt stellt sowie den weitestgehenden staatlichen Wirtschaftsdirigismus durch die Politik vertritt (Eichner, 1979a), tritt allerdings in seiner Bedeutung gegenüber dem Neokeynesianismus wesentlich zurück.

Kurzfristig bereitwilliges Demand Management und Deficit Spending ändern aber nichts an der weitestverbreiteten analytischen Trennung zwischen kurzer oder mittlerer Frist (Krisenökonomik, Politikintervention als Krisenfeuerwehr) und der langen Frist (allgemeiner Wohlstand durch Innovation und Produktivitätssteigerung mit der Folge ökonomisch nachhaltigen Wachstums, d. h. ohne erhebliche Ressourcenauslastungsprobleme). Doch wir sind stets in realer, historischer Zeit („Kalenderzeit“), nicht in einer bestimmten Frist, jetzt der kurzen, jetzt der langen, sondern wir sind jederzeit in einer Situation, die auf kurz- bis langfristigen Einflüssen beruht und wo wirtschaftliche und politische Handlungen oder Unterlassungen kurz- bis langfristig wirksame Effekte haben. Warum sollte also die reale Welt in ihrem Wesen dichotomisch sein (wie die ideellen, idealtypischen, orthodoxen Analysen)? Ist der Trend wirklich ein quasi naturgesetzlicher, rein angebotsseitig bestimmter? Wohlgermerkt zeichnet dabei die Zukunft die Gegenwart vor. Oder bestimmen nicht das Erbe der Vergangenheit (die Hysteresis), die Unmittelbarkeit der Gegenwart und die Erwartungen (als Kinder ihrer, nicht der kommenden Zeit) die Zukunft? Macht also nicht die laufende Entwicklung den Trend mit aus? Dies würde auch einen beachtlichen Rückschluss auf die Analysemethodik erlauben: "Once we admit that an economy exists in time, that history goes one way, from the irrevocable past into the unknown future, the conception of equilibrium based on the mechanical analogy of a pendulum swinging to and fro in the space becomes untenable" (Robinson, 1972, 172). Besteht demnach – neben oder statt der privaten intertemporalen Optimierung – nicht doch ein positiver Konnex zwischen aggregierter Nachfrage und langfristigem Entwicklungspfad (Hein, 2004, Laski, 2007)?

Ist es zudem nicht die kurzfristige (Preisniveau-)Stabilitätspolitik, die den Weg für eine gedeihliche Integration kurz- und langfristiger Effekte verstellt? "(...) the New Keynesian long run equilibrium view of a non-accelerating-inflation-rate-of-unemployment (NAIRU) determined by structural characteristics of the labour market,

wage bargaining institutions and social benefit systems is challenged by a Post-Keynesian view. In a Post-Keynesian model the NAIRU can only be interpreted as a short run barrier to employment arising from inflation fuelled by distribution conflict, which is enforced by monetary policies. In the long run, the development of the NAIRU follows actual unemployment and hence effective demand" (Hein, 2004, 43).

Gibt es daher nicht auch einen Wirkungsmechanismus von der aggregierten Nachfrage in kurzer und längerer Frist auf das Abgabenaufkommen und das Wachstum? Könnten wir dann nicht dadurch und durch stärker nach der Leistungsfähigkeit bemessene Besteuerung die Expansion schaffen und auf einen Schlag auch das Budget volkswirtschaftlich effizient konsolidieren (Bartel, 2008)? Sind wir insofern „in der langen Frist tot“, als wir schlechter gestellt sind, wenn wir nicht auch die Gegenwart optimieren – und würden wir damit nicht den Fehler der Planwirtschaften machen, zu sagen, jetzt geht es uns schlecht, aber wenn wir spartanisch bleiben, wird es uns oder unseren Kindern einst einmal besser gehen? Evsey Domar (1944, 822 f.), einer der Brückenbauer zwischen kurzer und längerer Frist, formuliert dies so: "(...) the problem of the debt burden is essentially a problem of achieving a growing national income. (...) the public debt and its burden loom in the eyes of many economists and laymen as the greatest obstacle to all good things on earth. (...) If all the people and organizations who work and study, write articles and make speeches, worry and spend sleepless nights – all because of the fear of debt – could forget about it for a while and spend even half their efforts trying to find ways of achieving a growing national income, their contribution to the benefit and welfare of humanity – and to the solution of the debt problem – would be immeasurable." In seinem Sinn sollen Ziele und Mittel nicht verwechselt werden.

2.3. Gemeinschaftsanliegen und private Produktion

Die öffentlichen Güter werden offenbar in tendenziell abnehmendem Maß als solche ernst genommen und analytisch zunehmend wie private Güter behandelt, bloß dass sie gemeinschaftlich geplant hergestellt werden. Denn das Wesen des Gesellschaftswesens Mensch sei Kooperation, sein Anreiz dazu sei die ständige Verbesserung seiner eigenen Situation; sein Erfolg bestätige ihn darin. Der Mensch sei dabei auf gegenseitige Hilfe angewiesen und klug genug, sich dazu der effizienten Institution namens Märkte zu bedienen (Balassa, 1984). Er verhalte sich dementsprechend kooperativ, besonders in wiederholten strategischen Spielen durch den Aufbau einer Reputation als verlässlicher, zu schätzender Partner. Im Übrigen werde Kooperation durch soziale Kontakte, Gemeinschaftsgefühl und Netzwerke – wertvolles Sozialkapital – gefördert (Jorgensen et al. 2010). Dabei wird der Markt als moralischer und demokratischer angesehen als der Staat (Booth 2009).

Selbstinteresse ist im Liberalismus positiv besetzt, nahezu verabsolutiert, Eigensucht hingegen eine moralisch verwerfliche Übersteigerung des Selbstinteresses. Eigensucht solle durch Nächstenliebe ersetzt werden und findet ihre Begrenzung im Marktmechanismus selbst, wo sie am wenigsten Schaden anrichten kann, weil Markttransaktionen auf Freiwilligkeit und Friedlichkeit beruhen. Zudem bedarf Selbstinteresse zu seiner optimalen Verfolgung der Unterstützung der anderen durch Förderung deren Selbstinteresses. An Marktproblemen sind also verwerfliche oder unzulängliche Verhaltensweisen von Einzelnen schuld. Besonders gefährlich ist Eigensucht in öffentlichen, v. a. staatlichen Funktionen, die mit Hoheitsgewalt verbunden sind. Soziale Probleme werden daher, wie schon bei Adam Smith, nach dem Subsidiaritätsprinzip gelöst. Der Staat wird als möglichst zu vermeidendes Übel

und somit letzter Ausweg gesehen; er hat sich weitestgehend auf – allgemeine und weit gefasste – Rahmenbedingungen für private Aktivitäten zu beschränken. Soziales findet im Wesentlichen in den freien und freiwilligen Entscheidungen der Individuen in Familie, Unternehmen und privaten karitativen Einrichtungen seinen Ausdruck (Booth, 2009).

Externe Effekte werden durch Verhandlungen aller Betroffenen effizient internalisiert: ein Revival von Ronald Coase (1937). Je nach Recht auf Tun (Verursachung negativer Externalitäten) oder Unterlassen (Schutz vor negativen externen Effekten) erkaufen entweder die Beeinträchtigten je nach ihrer Zahlungsbereitschaft Wohlverhalten von den Verursacherinnen. Oder die Geschädigten tolerieren die Beeinträchtigungen je nach ihrer Akzeptanzbereitschaft und der Zahlungsbereitschaft der Verursacherinnen. Eine solche Verhandlungslösung wird zunehmend auch im large-number case, also mit vielen Beteiligten, als effizient erachtet (Pommerehne, 1987).

Kommunitaristen (Honneth, 1995) betonen hingegen die Bedeutung öffentlicher Güter – wie die Internalisierung externer Effekte – im Hinblick auf ihr privates Nichtzustandekommen in der komplexen sozialen Realität und folglich die Notwendigkeit von staatlichem Aktivismus. Wichtige öffentliche Güter sind hier und heute nicht solche wie das klassische finanzwissenschaftliche, aber eher wenig praxisrelevante Lehrbuchbeispiel „Betreiben eines Leuchtfeuers“. Vielmehr sind die aktuellen öffentlichen Güter Konjunkturstabilität und Vollbeschäftigung, ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit des Wachstums, Fairness im Wettbewerbs- und Verteilungsprozess, Preisniveaustabilität und Außenwirtschaftsgleichgewicht. Sie sind kaum verhandelbar – schon gar nicht, wenn so mancher Mensch (überwiegend) kein Homo oeconomicus, sondern ein Homo sociologicus ist, der besonders von anderen als ökonomischen Rationalitäten ausgeht (Rothschild 1993). Immerhin belegen Versuche der experimentellen Wirtschaftswissenschaft doch eine hinreichende Kooperationsbereitschaft zur gemeinschaftlichen Erstellung öffentlicher und meritorischer Güter ohne staatliche Einmischung: Das gelingt im Experiment, mag aber nicht als generell praktikable Lösung für regional- und gesamtwirtschaftliche Probleme taugen. Die Gesamtwirtschaft funktioniert nicht wie eine Kleingruppe, wohl selbst nicht einmal mit Hilfe der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft.

2.4. Staats- versus Marktversagen

Die Public Choice Theory (Mueller, 1989) erklärt kollektives Verhalten aus dem individuellen, egoistischen Nutzenkalkül der Organwalter in Bürokratien im Allgemeinen sowie in Verwaltung und Politik im Besonderen. Demgemäß werden gemeinschaftliche Agenden gegen die Interessen der Gemeinschaft wahrgenommen. Das erklärt Staatsversagen. Das Marktversagen (systembedingt durch öffentliche Güter, externe Effekte, Konzentrationstendenzen ruinösen Wettbewerbs, ökonomische Irrationalitäten) wird gegenüber dem Staatsversagen tendenziell geringer eingeschätzt.

Dementsprechend hat sich der Mainstream in Wirtschaftswissenschaft und -politik weltweit geändert: Liberalisierung – im Wesentlichen Privatisierungen, Nichtregulierungen und Deregulierungen –, Sozialleistungsbeschränkungen, teils nur vorgegebene, teils tatsächliche Budgetkonsolidierung und Zurückdrängung des Staatsanteils am BIP, Ausgliederungen hoheitlicher Funktionen aus dem Staatshaushalt und aus der effektiven Einflussmöglichkeit des Staates auf die neu

geschaffenen privaten Agenturen, Regelbindungen und somit Einschränkungen der wirtschaftspolitischen Diskretionarität und Verantwortlichkeit, Wandel des allgemeinen Wohlfahrtsstaats zum mildernden Sozial(-hilfe)-Staat. Kann oder muss man das nicht schon eine Privatisierung der Wirtschaftspolitik nennen? Soll man tatsächlich die (nie vollkommenen) Märkte zu Schiedsrichtern von Good Governance in der Politik machen? Wie kommt man zu demokratisch legitimen Ergebnissen, wenn infolge von Network Governance auf lokaler und regionaler Ebene der Staat als öffentliche Gebietskörperschaft nur mehr ein Player neben Privatinitiativen und ansässigen Unternehmen ist (Bogason/Musso, 2006, Kennedy, 2006)? Und ist dies auf Ebene der Global Players nicht auch längst schon so? Ist die Antwort darauf ja, beginnt das lähmende Warten auf internationale Einigkeit, Einigung und Umsetzungstreue (obwohl hier der Entdeckungsprozess und First-Mover Advantage zumindest ebenso reizvoll wäre wie im Marktwettbewerb). Ist die Antwort nein, setzt sich das lähmende Dismantling des Staats fort.

2.5. Finanzmarkt und Realwirtschaft

Das größte realisierte Deregulierungs- bzw. Nichtregulierungsvorhaben betrifft weltweit die Finanzmärkte. Anlässlich der Weltfinanzkrise denkt man erstmals – ernsthaft? – über die Zweckmäßigkeit und Rechtfertigung dieses Projekts nach.

„Among the most astonishing statements to be made by any policymaker in recent years was Alan Greenspan’s admission this autumn that the regime of deregulation he oversaw as chairman of the Federal Reserve was based on a ‘flaw’: he had overestimated the ability of a free market to self-correct and had missed the self-destructive power of deregulated mortgage lending. The ‘whole intellectual edifice’, he said, ‘collapsed in the summer of last year.’“ (Skidelsky, 2008, MM21). Vielmehr gelte Folgendes: „Amerika braucht einen Sozialstaat nach dem Vorbild Europas und ein stark reguliertes Finanzsystem. (...) Bankgeschäfte müssen dringend wieder langweilig werden“ (Krugman, 2009).

Spekulation auf den weltweiten Vermögens-, v. a. Finanzmärkten kann stabilisierend wirken. Wenn aber im wesentlichen nur mehr auf die Richtung der Preisentwicklung spekuliert und gewettet wird, ohne dass quantitative Erwartungen (Wahrscheinlichkeitsverteilungen) über künftige Preise vorliegen und ohne dass die Finanzierung der Realwirtschaft im Vordergrund steht (Schulmeister, 2007), beobachten wir ein längeres und starkes Überschießen der Gleichgewichtspreise und zuweilen explosive Gleichgewichte (d. h. fast chaostheorieartig beschleunigende Abweichungen von Gleichgewichten). Spekulation kann durchaus destabilisieren, sie tut es schon sehr lange (Keynes, 1936/1973), immer eher und immer massiver, angefacht durch wachsende finanzielle und technologische Unsicherheit (Crotty, 2009, Perez 2009). Das Systemrisiko ward geboren und genährt. “Keynes created an economics whose starting point was that not all future events could be reduced to measurable risk. There was a residue of genuine uncertainty, and this made disaster an ever-present possibility, not a once-in-a-lifetime ‘shock’. Investment was more an act of faith than a scientific calculation of probabilities. And in this fact lay the possibility of huge systemic mistakes” (Skidelsky, 2008, MM21).

Der unregulierte Finanzmarkt ist im Aktienbereich zudem zum strategischen Spielfeld der Unternehmen geworden, die ihre Marktmacht durch Mergers and Acquisitions etablieren und sichern wollen, neben oder statt ihrer Performance im Interesse der Kundschaft. Das ergab schon Mitte der 1990er Jahre ein Workshop des WIFO.

Mit Hilfe des globalen Finanzmarktes haben es die USA geschafft, ihre Sparlücke – viele Haushalte niedrigen und mittleren Einkommens und Vermögens konsumieren auf kritischer Basis (Bunting, 2009, Horn et al., 2009) – durch Kapitalimporte zu kompensieren. Dieses Kapitalverkehrsungleichgewicht von global sensibler Dimension belastet und gefährdet nunmehr die Funktion des US-Dollars als Welthandelswährung und informelle Leitwährung (Wade, 2009). Eine erdrutschartig abnehmende Akzeptanz von USD außerhalb der USA könnte die nächste große (noch größere?) Weltfinanz- und Wirtschaftskrise auslösen. „Almost everyone believes that the US current account deficit must eventually end, and that this end will involve dollar depreciation. However, many believe that this depreciation will take place gradually. This paper shows that any process of gradual dollar decline fast enough to prevent the accumulation of implausible levels of US external debt would impose capital losses on investors much larger than they currently expect. As a result, there will at some point have to be a ‘Wile E. Coyote moment’ – a point at which expectations are revised, and the dollar drops sharply. It is much less clear, however, whether this ‘crisis’ will produce macroeconomic problems“ (Krugman 2007, 435).

2.6. Verteilung und Umverteilung

Die Frage der Verteilung durch die Märkte und ihrer Folgerungen für die Umverteilung wird vergleichsweise vernachlässigt: Verteilungsfragen seien stark normative Inhalte, denen sich eine Ökonomik, die (möglichst) wertfrei sein will, kaum widmet, sondern sie der praktischen Politik überlässt. Die ökonomische Theorie der Einkommens, die dem Mainstream zugehörige neoklassische Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, ist einerseits eine technokratische Theorie, ordnet sie doch den einzelnen Produktionsfaktoren ihren Preis nach deren Grenzprodukt zu. Andererseits ist sie mittelbar eine Theorie der ökonomischen Gerechtigkeit, zumal der Leistungsaspekt dahintersteht, selbst wenn der Aspekt der tatsächlichen Leistungsfähigkeit (die Frage: Tüchtiger oder Glückspilz?) dabei zu kurz kommen mag.

Wenn alle wirtschaftlich-statistischen Einwendungen, die gemeinhin dagegen erhoben werden, sorgsam untersucht werden, bleibt das Faktum eines markanten Rückgangs der Lohnquote am Volkseinkommen während der vergangenen drei Dekaden unwiderlegbar bestehen (Zuckerstätter, 2008). Das bedeutet, dass seit langem die Entlohnungszuwächse des Produktionsfaktors Arbeit im Großen und Ganzen unter den Produktivitätssteigerungen bleiben. Würde fortan eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt, könnte der Trend gestoppt, aber immer noch nicht umgekehrt werden. Was tut Not? Im Hoch sollen doch die Löhne zurückhaltend steigen, um nicht die Inflation zu sehr beschleunigen. Im Tief sollen die Löhne nur moderat erhöht, gestoppt oder gesenkt werden, um keine Arbeitsplätze zu gefährden. Ist das gerechtfertigt, weil der Ausschlag gebende Aspekt, und wo liegt dann die Untergrenze?

Vorbehalte gegen nivellierende Umverteilung sind damit begründet, dass Leistungsträgern der Anreiz zur Leistung weder genommen noch gedämpft werden soll. Denn die Belohnung der Tüchtigen erfülle die führende Rolle bei der Entwicklung der sozialen Wohlfahrt. Diese sickert dann allmählich von den Spitzen der wirtschaftlichen Hierarchie zur Basis der sozialen Pyramide durch (Trickle-Down Economy). Die Crux ist wieder einmal im empirischen Ansatz und Detail sowie – dahinterstehend – in den Werthaltungen gelegen. U. a. lehnt Joseph Stiglitz (2004)

die Theorie ab, dass relativ wenige sehr reich werden müssen, damit die vielen anderen auch reicher werden können und es tatsächlich tun. Aus dieser kritischen Sicht wurde das Konzept des Pro-Poor Growth entwickelt (Essama-Nssah/Lambert, 2009), aber weder breit rezipiert noch debattiert. Andererseits ist nachhaltiges Wachstum nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch (die Massenkaukraft als Nachfragefaktor betreffend) und sozial (durch Zufriedenheit und Frieden) zu sichern, wofür sich Österreich rühmt(e). Z. B. meint (Leitl, 2000, 24): „Wenn man mit einem Partner eine langfristige Zusammenarbeit aufbauen will, muss man auf Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen.“

Überdies wird der positive Zusammenhang zwischen Verteilungspolarisierung und Krisenanfälligkeit empirisch gestützt (Bartel 2003, Horn et al., 2009). Dennoch wird Differenzierung oder Polarisierung positiv gesehen, v. a. als Ergebnis des Leistungs- und Kostensenkungswettbewerbs auf der Basis schwer, kaum oder gar nicht unüberwindbarer Unterschiede zwischen den Individuen. Gibt es hier keinen Königsweg? Da ist Rationalisierung. Sie ist gut, schafft sie doch über Kostensparungen Spielraum für kostenniveau- oder verteilungsneutrale Lohnerhöhungen. Doch ist dieser Weg in so manchen Dienstleistungsberufen und Ballungsräumen nicht gangbar, weil die Produktivität gerade persönlicher Dienstleistungen durch technischen Fortschritt oft nicht recht steigerbar ist (Baumol, 1997). Sollen etwa Pflegerinnen oder Lehrerinnen tendenziell entsprechend weniger verdienen; erscheinen uns ihre Lohnforderungen zuweilen als unbescheiden? Soll die nun im Schatten der Weltwirtschaftskrise geforderte „neue Bescheidenheit“ weder für Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und sonstige wachstumsrelevante (sic!) Sozialprojekte noch für die Lohnentwicklung zutreffen und auch nicht für die Vermögens(-zuwachs)-Besteuerung gelten, müsste sie auf die Kapitalrenditen zutreffen. Schwächt dies die Sparsbereitschaft? Bleibt dieses Kapitel eine Endlosschleife?

2.7. Beschäftigung und Soziales

Beschäftigung wird in die Verantwortung des betroffenen Individuums verlagert. Konjunkturkrise, Strukturwandel und begründete oder unabänderliche Immobilität des Faktors Arbeit in jederlei Hinsicht werden überwiegend ausgeklammert (Deding/Filges, 2010). Es gibt demnach keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Arbeitslose sind also zu Recht stigmatisiert. Die Verschärfung des Wettbewerbs um Arbeitsplätze mündet in eine erhöhte Zahl von Beschäftigungsverhältnissen. Diese Grundauffassung hat sich wieder fest etabliert. Sie bleibt allerdings nicht unwidersprochen (Chadi, 2010). „Alle Maßnahmen zielen darauf ab, es den Arbeitslosen so ‚ungemütlich‘ wie möglich zu machen, um sie zur Aufnahme einer Beschäftigung zu bewegen. Dabei wird vernachlässigt, dass es zu wenige freie Stellen gibt“ (Karasek/Marterbauer, 2009, 7).

Andere hoffen auf die Vollbeschäftigungskraft niedriger Preise. „Wird nur die Inflation wirksam bekämpft, ergeben sich Wachstum und Beschäftigung von selbst“ (Tietmeyer, 1997).

Immerhin ist eine Spaltung in der Gesellschaft eingetreten: einerseits in die Überbeschäftigten, Gestressten, unter Arbeitsverdichtung Leidenden, weil der Druck zur Lohnstückkostensenkung massiv geworden ist, andererseits in die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Beide sind unter Druck und leiden (Wisman/Capehart, 2010).

Die Wirtschaftsentwicklung, ermöglicht durch Produktivität steigernden technischen Fortschritt, gibt laufend eine Arbeitszeitverkürzung vor, weil die Nachfrage (bei gegebener, auch technologiebedingter Einkommensspreizung) mit den Produktionsmöglichkeiten offenbar nicht mithält. Die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten können teils mit ihren Leistungs- und/oder Transfereinkommen nicht auskommen, werden arm oder zu Moonlighters, gestressten Mehrfachjobinhabern. Empfänger von (meist ohnehin beitragspflichtigen und -bestimmten) Sozialleistungen zur Absicherung gegen weitestgehend unbeeinflussbare Risiken werden schon lange nahezu pauschal dem Verdacht auf Arbeitsunlust und -verweigerung ausgesetzt. Ein tendenzieller Rückbau allgemeiner wohlfahrtsstaatlicher Leistungen schürt den Neid selbst auf sozial gefährdete oder abgestiegene Transferempfängerinnen. Zunehmend definieren Menschen sich und andere singulär über Marktleistungen, und sind unglücklich über (vermeintliche oder tatsächliche) relative Deprivation (Clark/Senik, 2010). So wird der Blick auf die Gesellschaft, das Soziale i. w. S., schwächer. „Wir sind ehrliche Leute. Wenn wir was wollen, dann leisten wir was dafür; und wenn wir was leisten, dann wollen wir was dafür. Das ist soziale Gerechtigkeit“, heißt es 1979 in Reinhard P. Grubers Roman Im Namen des Vaters. Solidarität wird also immer kleiner geschrieben, wird immer mehr der freiwilligen Caritas der Privaten überantwortet, wie auch schon bei Adam Smith, wo die Förderung der schönen Künste die private Mildtätigkeit fördern (Peart/Levy, 2005) und private Non-Profit-Organisationen stimulieren sollte (Sen, 2009). „The welfare state has concentrated on a minimum guarantee of resources to enable citizens to cover what the state considers the cost of living. In calculating this cost, the state is mean and fetishistic“ (Desai, 1999, 11).

In Grundsatzreden wird die Zweckmäßigkeit des Sozialen erst unter dem starken Eindruck der jüngsten Weltwirtschaftskrise wieder deutlich erkannt und formuliert. „Die große Chance der Krise besteht darin, dass jetzt alle erkennen können: Keiner kann mehr dauerhaft Vorteil nur für sich schaffen. Die Menschheit sitzt in einem Boot. Und die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen. Eigennutz im 21. Jahrhundert heißt: sich umeinander kümmern“ (Köhler, 2009, 2). Vom Markt kann man sich Großartiges erwarten, aber nicht alles. Er trägt nur zu einem Teil des sozialen Erfolgs und Fortschritts bei: „The social responsibility of business is to increase its profits“ (Friedman, 1970). Und der Markt restringiert die Umverteilungspolitik – zu Recht?

2.8. K o n s u m e n t e n s o u v e r ä n i t ä t v e r s u s M a r k t m a c h t

Die Ordoliberalen (Freiburger) Schule lehnt die Herausforderung einer detaillierten Optimierung der Wirtschafts- und auch Verteilungsergebnisse durch die Wirtschaftsprozesspolitik als unrealisierbar ab und konzentriert sich auf die Entwicklung von Verfahrens- und Entscheidungsregeln, die von einer demokratischen Mehrheit als fair akzeptiert werden können – eben ungeachtet der konkreten Ergebnisse dieser Regelsysteme in den Einzelfällen (Vanberg, 1998). Die Machtfrage wird durch das Prinzip des Markt- und des Politikwettbewerbs gelöst. Konkrete Machtfragen werden ausgeklammert und das Augenmerk wird auf die allgemeine Wettbewerbsordnungs-Politik gelegt (Eucken, 1950).

Das Prinzip Machtausgleich durch Wettbewerb ist nicht unwidersprochen geblieben. „To (...) deny the political character of the modern corporation is not merely to avoid the reality. It is to disguise the reality. The victims of that disguise are those we instruct in error. The beneficiaries are the institutions whose power we so disguise. Let there be no question: Economics, so long it is thus taught, becomes, however

unconsciously, part of an arrangement by which the citizen or student is kept from seeing how he is, or will be, governed” (Galbraith, 1973, 6).

Liberalisierung erfolgt, im Gegensatz zu den theoretischen Grundauffassungen des Klassischen Ökonomischen Liberalismus, ohne (effektive) Berücksichtigung der individuellen Ausgangsbedingungen am Beginn des Wettbewerbs um Bildung, Einkommen und Vermögen, Umwelt und Gesundheit, berufliche und private Lebenserfüllung, kurz: um individuelle Wohlfahrt. Die ungleichen Startpositionen verstärken in der Regel die Unterschiede zwischen Bevorzugt und Benachteiligt, Stark und Schwach, Arm und Reich und mögen die politischen Allianzen zwischen Konservativen und Neoliberalen erklären. Ist auch diese Thematik in einer Warteschleife?

2.9. Globalisierung versus Lokalisierung

Globalisierung ist eine Folge zunächst der Anreize für Unternehmen (bessere Rohstoffversorgung, größere Absatzmärkte, Repräsentanz, Service und Vertrieb vor Ort, billigere Produktionsstandorte, Investitionsrisikostreuung), weiter der Entwicklung der Kommunikations- und Transporttechnologie (Effizienzsteigerung und Grenzkostensenkung) und schließlich der Liberalisierung in den Bereichen Zölle, Kontingente und Verbote, nichttarifäre Handelshemmnisse und Devisenbewirtschaftung. Daraus kann eine Standortkonkurrenz zwischen Jurisdiktionen folgen (Steuerparadiese, Subventionsgeschenke, Infrastruktur-Schlaraffenland, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsschutzabbau).

Ein Hauptproblem der Globalisierung ist die unterschiedliche Mobilität von Finanzkapital, Sachkapital und Humankapital. Ersteres wird in beliebiger Höhe in Minutenschnelle um die Welt transferiert, zweiteres gelangt in Form ausländischer Direktinvestitionen (FDI) in fast alle Welt, letzteres ist oft sozial gebunden, kann oder darf nur schwerlich oder gar nicht den sich verlagernden Arbeitsplätzen folgen. Das mobilste Kapital ist das mächtigste, das immobilste das schwächste: Es hat die größten Globalisierungsnachteile (Sinn, 2002) – obwohl freilich durch globalisierungsbedingten Wettbewerb die Güter allgemein billiger werden können und die Regionalökonomik versichert, dass die Distanz noch nicht tot sei (Crafts, 2005). Aber aus dem alten Systemwettbewerb zwischen Ost und West ist inzwischen ein Standortwettbewerb zwischen überall geworden. “(...) globalisation has brought about a new type of systems competition that is driven by the mobility of factors of production. The new systems competition will likely imply the erosion of the European welfare state, induce a race to the bottom in the sense that capital will not even pay for the infrastructure it uses, and erode national regulatory systems. In general, it will suffer from the same type of market failure which induced the respective government activity in the first place. The new systems competition may force inefficient governments to seek national efficiency, but national efficiency does not imply that systems competition will itself be efficient“ (Sinn, 2002, 391): wieder ein Revival des Systemdenkens. Doch wird es gehört und fair beurteilt?

Demgegenüber vertritt Peter Bofinger die These vom „Hotel Deutschland“, das eine Hochpreis- und Hochsteuer-Strategie fahren kann, je nachdem, wie eben die Arbeitsproduktivität und die staatlichen Leistungen ausfallen (<<http://www.vorwaerts.de/artikel/pleite-paerchen-auf-weltreise> >).

Ausländische Direktinvestitionen werden oft als beste wirtschaftliche und soziale Entwicklungsbringerinnen bezeichnet. Allerdings zeigen sich empirisch in den

Einzelfällen unterschiedlichste Ergebnisse. Das komplementäre Einpassen der FDI in die regionale Wirtschaftsstruktur bzw. die Ruinierung der Wirtschaft des Ziellandes durch Substitutionskonkurrenz scheint hierfür eine entscheidende Bedingung zu sein.

Globalisierung verschärft die Konkurrenzsituation zwischen den Arbeitskräften, zwischen den Firmen und zwischen den Staaten. Sie hat ihren großen Nachteil darin, dass die wirtschaftspolitische Kooperation und Koordinierung relativ schwierig ist, nicht zuletzt um den Wettbewerb möglichst ideal funktionsfähig zu machen und zu halten. Doch dazu braucht es nach Harvard-Ökonom Dani Rodrik, der eine Umkehr der Globalisierung und Rückkehr zu Protektionismen wie in der Zwischenkriegszeit fürchtet (Rodrik, 1997), verschiedene institutionelle Voraussetzungen (Rodrik, 2002): Markt schaffende (Law and Order), Markt erhaltende (Spielregeln für Wettbewerb), Markt stabilisierende (Demand Management) und Markt legitimierende Institutionen (Sozialpflichtigkeit des Eigentums). Scheint es nicht etwas sonderbar, dass das allgemeine Gleichgewichtsdenken das Systemdenken behindert, statt zu fördern?

Einwanderer werden, haben sie Immigration und Aufenthalt geschafft (diese Frage sei hier unberührt), auf Grund ihrer geografischen und ethnischen Herkunft verbreitet diskriminiert. Ihr Aufstieg am Arbeitsmarkt in eine ihrer Qualifikation entsprechende Position oder ihr Einstieg am Bildungsmarkt in eine ihrer Begabung entsprechende Schule wird durch einen „gläsernen Plafond“ verhindert. Daraus ergeben sich Effizienz Nachteile für die Wirtschaft; der Fachkräftemangel kann mithin ebenso schwer behoben werden wie die Arbeitslosigkeit im Niedrigqualifikationsbereich.

2.10. Private und öffentliche Finanzen

Ist Budgetkonsolidierung vom Zwischenziel zu einem Oberziel geworden? Oder wird sie als Mittel zur wirtschaftspolitischen Erreichung inhaltlicher ökonomischer Ziele gesehen? Speziell Steuersenkungen sind eigentlich kein Zweck an sich, ebenso wie Steuereinhebung. Es kommt darauf an, welchen volkswirtschaftlichen Zweck sie erfüllen können und sollen: Lenkung wirtschaftlichen Verhaltens, Umverteilung, Stabilisierung, Finanzierung zweckmäßiger Staatsausgaben. Auch eine Senkung des Budgetvolumens bedeutet an sich keine systematische Steigerung der volkswirtschaftlichen Effizienz und Wohlfahrt. Ansonsten müsste man von der sehr problematischen Prämisse der weitreichenden Überlegenheit des Marktes über den Staat ausgehen. Doch die Bürger vieler Staaten, so auch Österreichs, entscheiden sich in demokratischen Wahlen nach wie vor für einen relativ (im Vergleich zum anglo-amerikanischen Sozialmodell) großen, v. a. auf der Leistungsseite umverteilenden öffentlichen Sektor (Walther, 2005). Ein unbedingter Abbau der Staatsverschuldung trägt der in aller Regel überlegenen Finanzierungsfähigkeit der öffentlichen Hand nicht Rechnung (Steuermonopolistin, unbegrenzte Lebensdauer und Belangbarkeit als Schuldnerin). Er übersieht noch dazu die Parallele zur betriebswirtschaftlichen Finanzpolitik, nämlich dass Privatunternehmen mit Fremdkapitalquoten bis zu über 90 Prozent überaus erfolgreich arbeiten können, beurteilt nach ihren Jahres- und Börsenerfolgen (Bartel et al., 2006).

Die als Lösung der Budgetproblematik viel strapazierte, die ökonomische Effizienz steigernde Verwaltungsreform darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dadurch an und für sich (zumindest vorerst einmal) Einkommensverluste entstehen werden und damit auch quantitative und/oder qualitative Einschränkungen staatlicher Leistungen für Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sein dürften. Eine generelle, undifferenzierte Geringerschätzung von Staatskonsum, also Leistungsinputs (z. B. für persönliche Sicherheits-, Judikatur-, Gesundheits- oder Bildungsleistungen),

gegenüber Staatsinvestitionen als Sachgüterinvestitionen (Polizeiinspektionen, Gerichts-, Spitals- bzw. Schulgebäude) ist wohl nicht haltbar. Staatskonsum ist nicht grundsätzlich Verschwendung, obwohl er politisch oft als solche dargestellt wird; er kann sogar auch langfristige Wirkungen zeigen. Wie sonst wären Sicherheit und Gerechtigkeit, sozialer Friede, Bevölkerungsgesundheit und Bildungsniveau günstige Wachstumsbedingungen? Auf die volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Argumentation (so ungenau sie auch bleiben muss) kommt es prinzipiell an (Bartel, 2008). Das gilt freilich insbesondere für die Budgetkonsolidierung (Aiginger et al., 2010, versus Truger et al., 2010).

Nur auf den ersten Blick ist erstaunlich, dass Budgetkonsolidierung explizit mit fünf unterschiedlichen Ansätzen propagiert wird: A) Es darf nicht so schlimm werden (im Sinn von Schadensminimierung: Aiginger oder Truger). B) Es wird schon nicht so schlimm werden; die Privaten werden oder müssen halt einspringen (im Sinn von Ricardos und Barros Äquivalenz oder Lukasens Politikimpotenz, bzw. was bleibt sonst, um die Theorie zu retten: Sinn, 2010). C) Eine bewusste Inflationspolitik sollen den realen Staatsschuldenstand abzubauen helfen (Aizenman/Marion, 2009). D) Eine Budgetkonsolidierung, die rasch und scharf genug ist (im Sinn von Cold Turkey), kann und wird das BIP unverzüglich steigern (Bergman/Hutchinson, 2010), und zwar über politische Aufbruchstimmung, Ressourcenschwemme im Privatsektor und dortiger Erwartungs- und Planrevision. E) Eine fiskalisch hinreichend stimulierende, nicht von Budgetkonsolidierung unterbrochene Expansion des Output und schließlich ein selbst tragendes Wirtschaftswachstum können – unterstützt durch ein elastisches Abgabensystem und eine stabilitätsorientierten Einkommenspolitik der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft – die Budgetkonsolidierung ohne soziales Opfer realisieren (Bibow, 2004). Im Schatten der Krise meint selbst Kramer (2008, I): „Der ‚Staat‘ wird mehr gefordert sein, als manchen blauäugigen Jüngern des reinen Marktes lieb ist.“

3. Schlussworte

Was als Theorie als alt (an Jahren) bezeichnet werden kann, soll nicht unbesehen oder strategisch als überholt bezeichnet werden (diskursive Floskeln haben ihre Macht). Die Pflege der Vielfalt der Ökonomie soll ihren Reichtum ausmachen (quasi das Mosaikbild zeichnen) und zu ihrer Seriosität beitragen, gekennzeichnet auch durch Umfassendheit der Alternativen und kritische Resonanz.

So sind einige zentrale Aspekte der Realität nicht auszuklammern, sondern zu reklamieren, wie dies auch seit langem versucht wird: „Once power is made part of our system, we will not of course escape the political contention that comes from dealing with issues that are real. I do not plead for partisanship in our economics but for neutrality. But let us be clear as to what is neutral. If the state must be emancipated from economic interest, a neutral economics would not deny the need. This is what economics now does. It tells the young and susceptible and the old and vulnerable that economic life has no content of power and politics because the firm is safely subordinate to the market and to the state and for this reason it is safely at the command of the consumer and citizen. Such an economics is not neutral. It is the influential and invaluable ally of those whose exercise of power depends on an acquiescent public. If the state is the executive committee of the great corporation and the planning system, it is partly because neoclassical economics is the instrument for neutralizing suspicion that this is so” (Galbraith, 1973, 10 f.).

Zur Überwindung dieses Verzerrungsproblems ist die Politik als bewusste Setzerin von Wegweisern, Anreizen und Möglichkeiten, als Countervailing Power, gefordert. Denn „the neoclassical ‘science’ myth plays a critical function, which explains the repeated claim that neoclassical economics *is* science. This function supports the sociological practice that has mainstream economists labelling dissidents as wrong. That in turn justifies purging dissidents from orthodox economics departments and ignoring them in heterodox departments, thereby stripping dissidents of intellectual standing and diminishing their capacity to challenge the neoliberal paradigm. The deeper sociological problem is that academic economics is a club in which new members are elected by existing members. Today, club members only elect those who subscribe to the current dominant paradigm, as this behavior is justified by the science myth. This poses an intractable sociological obstruction to alternative points of view and the possibility of fundamental change“ (Palley, 2009, 19).

Aus der (zumindest früher) besonders für Europa typischen Unterschiedlichkeit und Kreativität der Ansätze schöpft Rothschild (1999, 252) Zuversicht: “(...) in view of the tremendous technological, economic, and social changes, which at present seem to push us into a new stage of capitalism (after a phase of competitive capitalism in the nineteenth century and national oligopolies in the twentieth century into an age of transnational capitalism), perhaps the time may soon be ripe for some more fundamental paradigmatic change which cannot, of course, be foreseen. However, as a European, I may be permitted to point out that at least so far such deeper-going changes have been a typically European contribution. This is shown by such names as Adam Smith, Marx, the three fathers of marginal theory, by Schumpeter, and Keynes. Even in the case of game theory, which was developed in the U.S., the foundations were laid by two Europeans, von Neumann and Morgenstern. So, perhaps Europe will make it once more.” Bis dahin sollten wir uns sicherheitshalber an Binsenweisheiten halten: an echte Offenheit, gelebte Pluralität, vertretbaren Realitätsbezug bei Praxisanwendung und konstruktiven Pragmatismus.

Literaturverzeichnis

Ackerman, F. (2008), The Economics of Collapsing Markets, *real-world economics review* 48, 279-290, <<http://www.paecon.net/PAERReview/issue48/Ackerman48.pdf>> (17.3.2010).

Aiginger, K./Böheim, M./Budimir, K./Gruber, N./Pitlik, H./Schatzenstaller, M./Walterskirchen, E. (2010), Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich, WIFO-Studie, <[http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_KONSOLIDIERUNG_OPTIONEN_38441\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_KONSOLIDIERUNG_OPTIONEN_38441$.PDF)> (30.7.2010).

Aizenman, J./Marion, N. (2009), Using Inflation to Erode the U.S. Public Debt, <http://www2.ucsc.edu/econ/faculty/aizenman/Using_Inflation_to_Erode_Debt_Nov27_09.pdf> (30.7.2010).

Baade, F. (1956), Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 518-524, <<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1956/1956-09-a-518.pdf>> (16.3.2010).

Balassa, B. (1984), Prices, Incentives, and Economic Growth, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 611-630.

- Bartel, R.* (2003), Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum, WISO, 75-100.
- Bartel, R.* (2008), Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet, WISO, 143-182.
- Bartel, R.* (2009), Weltwirtschaftskrise und Politikwechsel, Wirtschaft und Gesellschaft, 145-186.
- Bartel, R./Kepplinger, H./Pointner, J.* (2006), *Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik*, Wien.
- Baumol, W.J.* (1997), Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, in: Netzer/Drennan, 357-370.
- Bergman, U.M./Hutchinson, M.M.* (2010), Expansionary Fiscal Contractions: Re-evaluating the Danish Case, *International Economic Journal*, 71-93.
- Bibov, J.* (2004), Fiscal Consolidation. Contrasting Strategies & Lessons From International Experiences, *The Levy Economics Institute of Bard College Working Papers*, 400, January, <<http://www.levyinstitute.org/pubs/wp/400.pdf>> (30.7.2010).
- Bogason, P./Musso, J.A.* (2006), The Democratic Prospects of Network Governance, *The American Review of Public Administration*, 3-18.
- Bombach, G., Hrsg.,* (1975), *Der Keynesianismus, Bd. I, Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik*, Berlin.
- Booth, P.* (2009), Catholicism and Capitalism, *Economic Affairs*, 63-67.
- Bunting, D.* (2009), The saving decline: Macro-facts, micro-behavior, *Journal of Economic Behavior & Organization*, 282-295.
- Chadi, A.* (2010), How to Distinguish Voluntary from Involuntary Unemployment: On the Relationship between the Willingness to Work and Unemployment-Induced Unhappiness, *Kyklos*, 317-329.
- Clark, A.E./Senik, C.* (2010), Who compares to whom? The anatomy of income comparisons in Europe, *The Economic Journal*, 573-594.
- Coase, R.H.* (1937), The Nature of the Firm, *Economica* 16, 386-405, <<http://www3.interscience.wiley.com/cgi-bin/fulltext/119896448/PDFSTART>> (16.3.2010).
- Crafts, N.* (2005), The “Death of Distance”, *World Economics*, 1-14.
- Crotty, J.* (2009), Structural causes of the global financial crisis: a critical assessment of the “new financial architecture”, *Cambridge Journal of Economics*, 563–580.
- Deding, M./Filges, T.* (2010), Geographical mobility of Danish dual-earner couples – the relationship between change of job and change of residence, *Journal of Regional Science*, 615-634.
- Desai, M.* (1999), Well-Being and the Politics of Time, *The Review – The Journal of Social Market Foundation*, 11-12.
- Domar, E. D.* (1944), The “Burden of Debt” and the National Income, *The American Economic Review*, 798-827, <<http://www.jstor.org/stable/1807397>> (16.3.2010).

- Earl, P.E.* (1983), A Behavioral Theory of Economists, in: *Eichner* (1983), 90-125.
- Eichner, A.S.* (1979), A Look Ahead, in: *Eichner* (1979a), 165-184.
- Eichner, A.S.*, Hrsg., (1979a), *Beyond Keynes. A Guide to Post-Keynesian Economics*, London – Basingstroke.
- Eichner, A.S.*, Hrsg., (1983), *Why Economics is not yet a Science*, London.
- Essama-Nssah, B./Lambert, P.J.* (2009), Measuring Pro-Poorness: A Unifying Approach with New Results, *The Review of Income and Wealth*, 752-778.
- Eucken, W.* (1950), Das Problem wirtschaftlicher Macht, in: *Walter-Eucken-Archiv* (2001) 9-22.
- Friedman, M.* (1966), Leserbrief, *Time Magazine* (4.2.1966), <<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,898916-2,00.html>> (15.3.2010).
- Friedman, M.* (1970), The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits, *The New York Times Magazine* (13.9.1970), <<http://www.colorado.edu/studentgroups/libertarians/issues/friedman-soc-resp-business.html>> (17.3.2010).
- Galbraith, J.K.* (1973), Power and the Useful Economist, *The American Economic Review*, 1-11.
- Gordon, R.J.* (1990), *Macroeconomics*, Glenview (ILL), chap. 8.
- Hein, E.* (2004), Die NAIRU – eine post-keynesianische Interpretation, *INTERVENTION. Zeitschrift für Ökonomie* 1, 43-66.
- Hodgson, G.M./Dow, S.C./Earl, P.E./Foster, J./Harcourt, G.C./Metcalf, J.S./Ormerod, P./Rosewell, B./Sawyer, M.C./Tylecote, A.* (2009), open letter to Her Majesty the Queen (15.8.2009), <<http://www-personal.umich.edu/~rudib/lettertothequeen.pdf>> (15.3.2010).
- Holub, H.-W.* (1993), Die Literaturflut in den Wirtschaftswissenschaften und ihre Folgen. Einige Überlegungen zu den abnehmenden Skalenerträgen der Lektüre wissenschaftlicher Artikel, *WiSt*, 203-207.
- Honneth, A.*, Hg. (1995), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a. M. – New York.
- Horn, G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R.* (2009), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise III. Die Rolle der Ungleichheit, *IMK Report* 41, Düsseldorf (2.9.2009), <http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf> (18.3.2010).
- Jorgensen, B.S./Jamieson, R.D./Martin, J.F.* (2010), Income, sense of community and subjective well-being: Combining economic and psychological variables, *Journal of Economic Psychology*, 612-623.
- Karasek, T./Marterbauer, M.* (2009), *SPÖ NEW. Sozialdemokratische Überlegungen für eine NEUE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK*, <http://www.stmk.spoe.at/steiermark/kampagnen-projekte/new-neue-europaische-wirtschaftspolitik/new-neue-europaische-wirtschaftspolitik/at_download/file/SPOE_NEW-fin.pdf> (18.3.2010).

- Kennedy, S.S.* (2006), Holding "Governance" Accountable, Third-Party Government in a Limited State, *The Independent Review*, 67-77, <http://www.independent.org/pdf/tir/tir_11_01_05_kennedy.pdf> (18.3.2010).
- Keynes, J.M.* (1923), Tract on Monetary Reform, in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. IV.
- Keynes, J.M.* (1936/1973), *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London – New York.
- Keynes, J.M.* (1937), *The General Theory of Employment*, *The Quarterly Journal of Economics*, 209-223, in: *Moggridge*, 109-123.
- Köhler, K.* (2009), Die Glaubwürdigkeit der Freiheit. Berliner Rede (24.3.2009), <http://files.globalmarshallplan.org/pr/koe_903.pdf> (17.3.2010).
- Kramer, H.* (2008), Der Herbst des Kapitals, *Die Presse*, (4.10.2008), I-II.
- Krugman, P.* (2007), Will there be a dollar crisis? *Economic Policy*, 435-467.
- Krugman, P.* (2009), Wir müssten schon einen neuen Planeten finden, *Sueddeutsche.de* (14.4.2009), <www.sueddeutsche.de/finanzen/350/464944/text/> (16.3.2010).
- Landmann, O.* (1975), Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: *Bombach*, 133-210.
- Laski, K.* (2007), Do Increased Private Saving Rates Spur Economic Growth? *Wiiw Working Paper* 45, <<http://publications.wiwi.ac.at/?action=publ&id=searchfulltext&fkeyword=free%20download&step=2>> (17.3.2010).
- Leitl, C.* (2000), Leitl zündet Friedenspfeife an, *Der Standard*, 24. 02. 2000, 24.
- Mankiw, N.G.* (1992), The reincarnation of Keynesian economics, *European Economic Review*, 559-565.
- Marterbauer, M.* (2010), Ökonomie – Wissenschaft oder Ideologie? Statement zur gleichnamigen Podiumsdiskussion, Johannes Kepler Universität, Linz, 18. Mai.
- Minsky, H.P.* (1992), The Financial Instability Hypothesis, *The Jerome Levy Economics Institute Working Paper* 74, <http://levy.org/pubs/wp74.pdf> (17.3.2010).
- Moggridge, D.*, Hrsg., (1973), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. XIV, Teil II, London etc.
- Mueller, D.C.* (1989), *Public choice II*, Cambridge.
- Netzer, D./Drennan, M.P.*, Hrsg., (1997), *Readings in State and Local Public Finance*, Oxford – Cambridge.
- Newman, P.*, Hrsg., (1997), *The New Palgrave Dictionary of Economics and the Law*, Bd. 2, London.
- Palley, T.I.* (2009), After the bust: The outlook for macroeconomics and Macroeconomic policy, *The Levy Economics Institute of Bard College Public Policy Brief* 97, 6-24, <<http://economistsview.typepad.com/files/palley.pdf>> (18.3.2010).

- Peart, S.J./Levy, D.M.* (2005), A discipline without sympathy: the happiness of the majority and its demise, *Canadian Journal of Economics*, 937-954.
- Perez, C.* (2009), The double bubble at the turn of the century: technological roots and structural implications, *Cambridge Journal of Economics*, 779-805.
- Pommerehne, W.W.* (1987), Präferenzen für öffentliche Güter, Ansätze zu ihrer Erfassung, Tübingen.
- Robinson, J.* (1972), What Has Become of the Keynesian Revolution? In: *Robinson* (1979), 168-177.
- Robinson, J.* (1977), What Has Become of Employment Policy? *Cambridge Journal of Economics* 1, 5-14.
- Robinson, J.* (1979), *Collected Economic Papers*, Bd. V, Oxford.
- Rodrik, D.* (1997), *Has Globalization Gone too Far?* Washington D.C.
- Rodrik, D.* (2002), After Neo-liberalism, What? *Economic Times* (9.11.2002), <<http://www.new-rules.org/docs/afterneolib/rodrik.pdf>> (17.3.2010).
- Rogoff, K.* (2009), Das Richtige tun, wenn die Zeiten hart sind, *Der Standard* (20.1.2009, 1).
- Rothschild, K.W.* (1981), *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*, Berlin etc.
- Rothschild, K.W.* (1993), *Ethics and Economic Theory*, Aldershot etc.
- Rothschild, K.W.* (1999), European Integration and Economic Methodology and Research: Questions and Speculations, *Atlantic Economic Journal*, 243-253, <http://iaes.org/journal/aej/sept_99/rothschild/rothschild.htm> (17.3.2010).
- Samuelson, P.* (1985), Succumbing to Keynesianism, *Challenge*, 4-11.
- Schulmeister, S.* (2007), Neoliberalismus, Finanzkapitalismus und die Krise des Europäischen Sozialmodells, *WISO*, 73-110.
- Sen, A.* (2009), Capitalism Beyond the Crisis, *The New York Review of Books*, 1-9, <<http://www.nybooks.com/articles/22490>> (30.7.2010).
- Sinn, H.-W.* (2002), Der neue Systemwettbewerb, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 391-407.
- Sinn, H.-W.* (2010), Die globale wirtschaftliche Situation – Einschätzungen und Ausblicke zur Konjunkturentwicklung, Vortrag, Oberbank Linz.
- Skidelsky, R.* (2008), The Remedist, *The New York Times* (12.12.2008), MM21, <http://www.nytimes.com/2008/12/14/magazine/14wwln-lede-t.html?_r=2&partner=permalink&exprod=permalink> (16.3.2010).
- Stiglitz, J.E.* (2004), *Die Schatten der Globalisierung*, München.
- Summers, P.M.* (2005), What Caused The Great Moderation? *Federal Reserve Bank of Kansas City Economic Review*, 5-32.
- The Collected Writings of John Maynard Keynes* (1973), Bd. IV., London – New York.
- The New School* (2010), *History of Economic Thought*, <<http://homepage.newschool.edu/het/>> (12.3.2010).
- Tietmeyer, H.* (1997), Interview, profil (7.4.1997).

Truger, A./Rietzler, K./Henner, W./Zwiener, R./Kunert, B. (2010), Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession, IMK Studies, <http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_studies_2_2010.pdf> (30.7.2010).

Vanberg, V. (1998), Freiburg school of law and economics, in: Newman, 172-179.

Wade, R. (2009), From global imbalances to global reorganisation, Cambridge Journal of Economics, 539-562.

Walther, H. (2005), Das Märchen von der „Beamtenrepublik“ Österreich, Österreichische Gemeindezeitung, 41-44.

Walter-Eucken-Archiv, Hrsg., (2001), Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, Münster etc.

Wisman, J.D./Capehart, K.W. (2010), Insecurity, Stress, and Epidemic Obesity, American Journal of Economics and Sociology, 936-982.

Zuckerstätter, S. (2008), Arbeit oder Kapital. Ist die Funktionale Einkommensverteilung überhaupt von Bedeutung? <http://momentum-kongress.org/images/beitraege/track2/zuckerst%20tter_beitrag.pdf> (18.3.2010).

Abstract

At crossroads again: Through the crisis basic economic questions have turned more acute.

Though the recent crisis has surprised most and hurt many people due to its barb, neither the long standing basic views about the economy have been properly debated, nor has a noteworthy degree of policy adaption been firmly introduced. Apparently, the economic mainstream is being left fundamentally unaltered, but it will have to accept being reproached for its failure to assess the instability of a complex liberalised financial and globalised economic system. The following controversies are provocatively put to the fore again: the relative usefulness of analytic approaches, the danger of a one-sided orientation to single analytical time periods and respective viewings, the solution of common concerns through private coordination, government versus market failure, financial market impact on the real sector, distribution, redistribution and welfare (growth), employment and the social concern, consumer sovereignty versus market power, glocalisation as well as private versus public finance. Finally, a factually lived variety of economic approaches is pleaded for.